

MdL-Büro Klaus Schneck
Mitarbeiter: Jan Schwarz

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

Hannover, 25.02.11

Arbeitnehmer müssen vom Aufschwung profitieren

Der SPD Landtagsabgeordnete Klaus Schneck unterstützt den bundesweiten Aktionstag der Gewerkschaften "gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung". Dazu erklärte Schneck: „Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung muss sich endlich auch beim Lohn der Arbeitnehmer niederschlagen. Arbeit darf keine Ramschware werden. Arbeitgeber und Bundesregierung haben den Beitrag der Beschäftigten zur Krisenbewältigung nicht honoriert. In diesem Jahr müssen zum einen die Löhne deutlich steigen und zum anderen entschlossen gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorgegangen werden.“

In Deutschland gibt es jetzt fast eine Millionen Leiharbeiter. Damit ist die Leiharbeit auf dem höchsten Stand der Geschichte und die in den letzten Jahren am schnellsten gewachsene Branche. Als Gewerkschaften wollen wir es nicht länger hinnehmen, dass über die Leiharbeit immer größerer Druck auf die Beschäftigten ausgeübt wird. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Es gibt einige positive Beispiele, so werden in der Volkswagen AG eingesetzte Leiharbeiter entsprechen der Entlohnung der Stammbeslegschaft vergütet. Die bisherige Entwicklung in der Leiharbeit ist sehr bedenklich und hat zu vielen Ungerechtigkeiten für die Beschäftigten geführt. Der hohe Lohnabstand, der zwischen den Leiharbeitsbeschäftigten und den Stammbeschäftigten des entleihenden Betriebs bestehen ist nur der offensichtlichste. Sie erhalten oft bei gleichwertiger Tätigkeit 30 bis 50 Prozent weniger Entgelt als Stammbeschäftigte. Auch andere Lohnbestandteile, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zuschläge, fallen für Leiharbeitsbeschäftigte vielfach niedriger aus als für die Stammbeslegschaft. So ist es auch kein Wunder, dass immer mehr Betriebe Teile ihrer Stammbeslegschaft durch LeiharbeiterInnen ersetzen und so Lohndumping betreiben. Damit wird der eigentliche Zweck der Leiharbeit, Produktionsspitzen kurzfristig abzudecken, missbraucht. „Die Gewerkschaften fordern daher Equal Pay vom ersten Tag an. Entscheidend sei, dass die Hürde deutlich unter sechs Monaten liege. Denn das Gros der Beschäftigten bleibe nicht länger als ein halbes Jahr im Betrieb“, so Schneck. Im aktuellen Aufschwung entfielen nur 15 Prozent der neuen Stellen im IG Metall-Bereich auf unbefristete Arbeitsverhältnisse. Eine Befragung von 7000 Betriebsräten habe ergeben, dass offene Stellen zu 43 Prozent über Leiharbeit und zu 42 Prozent über sachgrundlose Befristungen abgedeckt würden. Bei Hochqualifizierten verdrängten Werkverträge Festanstellungen. Dies zerstöre Perspektiven junger Menschen, die sich von Job zu Job hangeln. Arbeit ist der wertvollste Rohstoff und darf nicht zur Ramschware verkommen. Es muss endlich einen Mindestlohn, eine Befristung für Leiharbeit geben und das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit umgesetzt werden. Die Beschäftigten der Branche zukünftig vor Lohndumping geschützt werden.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G